Die Satzung des Fördervereins ist die Grundlage unseres Handelns und Wirkens

S A T Z U N G

Förderverein der Johannesschule e. V.

Präambel

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Satzung auf die gleichzeitige Verwendung von geschlechtlichen Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle drei Geschlechter (männlich, weiblich, divers).

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen Förderverein der Johannesschule Saalfeld e.V. Er hat seinen Sitz in 07318 Saalfeld/ Saale. Der Verein ist unter der Nummer VR 270548 in das Vereinsregister Rudolstadt eingetragen. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Erziehung und Bildung an der evangelischen Johannesschule, Saalfeld und damit die Stärkung des Interesses und die Mitwirkung der regionalen Öffentlichkeit an schulischer Erziehung und Bildung. Auf der Grundlage christlich - humanistischer Werte und Normen soll eine ganzheitliche Bildung und Erziehung angestrebt werden, die die freie Entfaltung der Kinder und Jugendlichen zu lebensfrohen und lebensstüchtigen Menschen fördert. Der Verein beschafft Mittel zur Förderung der Bildung und Erziehung und unterstützt den Träger der Schule zusätzlich organisatorisch und praktisch (z.B. durch Hilfe bei der Ausgestaltung der Räumlichkeiten, Durchführung von Veranstaltungen, Bereitstellung von Schul- und Informationsmaterialien). Der Vereinsvorstand entsendet ein Mitglied in den Schulbeirat. Entsprechend seiner Möglichkeiten unterstützt der Verein sozialschwache Familien im Rahmen des Schulbesuches.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Bei Auflösung oder Wegfall des bisherigen gemeinnützigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an den ev. Kirchengemeindeverband Saalfeld, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 3 Mitgliedschaft

- 1) Mitglied des Vereins können alle natürlichen und juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts werden, die den Zweck des Vereins unterstützen. Der Aufnahmeantrag ist in Textform zu stellen. Über die Annahme des Antragsersuchens entscheidet der Vorstand. Gegen eine ablehnende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zugang schriftlich Beschwerde eingelegt werden, über die bei der nächsten ordentlichen

Mitgliederversammlung entschieden wird. Die Beschwerdeentscheidung wird schriftlich zugestellt. Ein Anspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.

2) Die Mitgliedschaft endet

- a) mit dem Tod (natürliche Person) oder der Auflösung (juristische Person) des Mitgliedes
- b) durch Austritt
- c) wenn ein Mitglied seinen Mitgliedsbeitrag nach 3-maliger Aufforderung schuldig bleibt
- d) durch Ausschluss aus dem Verein.

Der Austritt muss schriftlich gegenüber mindestens einem Vorstandsmitglied erklärt werden. Er ist nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres möglich.

Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn das betreffende Mitglied in grober Weise und beharrlich gegen seine Mitgliedspflichten verstößt, so dass die Fortsetzung der Mitgliedschaft für den Verein nicht zumutbar ist. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Das betroffene Mitglied hat das Recht, binnen zwei Wochen ab Zugang der schriftlichen Mitteilung des Ausschlusses die Mitgliederversammlung anzurufen. Der Anruf der Mitgliederversammlung muss schriftlich erfolgen. Er hat aufschiebende Wirkung. Die Mitgliederversammlung entscheidet über den Ausschluss. Die Entscheidung wird dem betroffenen Mitglied schriftlich mitgeteilt. Bis dahin ruhen die Rechte des Mitglieds. Der Ausschluss wird wirksam mit dem Zugang der schriftlichen Mitteilung des Vorstandsbeschlusses oder der Entscheidung der Mitgliederversammlung. In dringenden Fällen kann der Vorstand auch schon vor der nächsten Mitgliederversammlung im Rahmen der Geschäftsführungskompetenz eine vorläufige Suspendierung aussprechen.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch auf einen Anteil am Vereinsvermögen.

§ 4 Mitgliedsbeiträge

Die Mitglieder zahlen Mitgliedsbeiträge, über deren Höhe und Fälligkeit die Mitgliederversammlung jeweils mit Wirkung für das folgende Geschäftsjahr entscheidet. Mitglieder, die sich mit der Zahlung ihres Beitrages in Verzug befinden, sind von der Ausübung sämtlicher Mitgliedsrechte so lange ausgeschlossen, bis die Beiträge vollständig ausgeglichen sind.

Die Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 5 Vereinsorgane

Die Vereinsorgane sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung kann die Bildung weiterer Vereinsorgane oder Gremien beschließen.

§ 6 Vorstand

- 1) Der Vorstand besteht aus bis zu sieben Personen: dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem Schriftführer und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden bilden den Vorstand im Sinne von § 26 BGB. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorsitzenden oder durch einen der stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Arbeitnehmer des Vereins dürfen nicht Mitglieder des Vertretungsvorstandes sein.
 - 2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Bis zu einer Neuwahl bleibt der Vorstand im Amt. Scheidet ein Mitglied während der Amtszeit aus, kann der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen wählen. Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist zulässig.
 - 3) Gesetzte Mitglieder des Vorstandes sind
 - a) ein Mitglied der Kreissynode Rudolstadt-Saalfeld
 - b) der geschäftsführende Pfarrer des ev. Kirchengemeindeverbandes Saalfeld bzw. dessen Vertreter, der durch dessen Gemeindegemeinderat bestimmt wird
 - c) der Kantor der Johanneskirche bzw. dessen Vertreter.
 - 4) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und erledigt alle Verwaltungsaufgaben, soweit sie nicht durch die Satzung oder ein Gesetz einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
 - b) die Einberufung, Vorbereitung und Durchführung der Mitgliederversammlung
 - c) die Aufstellung des Haushaltsplanes für jedes Geschäftsjahr, Buchführung, Erstellung des Jahresberichtes
 - d) Aufnahme und Mitwirkung beim Ausschluss von Mitgliedern
 - e) Abschluss und Beendigung von Arbeitsverträgen.
 - 5) Der Vorstand ist in seinen Sitzungen beschlussfähig, wenn alle Mitglieder eingeladen und mindestens drei Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder ein stellvertretender Vorsitzender, anwesend sind. Die Einladung erfolgt durch den Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung durch einen der beiden stellvertretenden Vorsitzenden - auch in Eilfällen - spätestens eine Woche vor der Sitzung. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder bei dessen Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden, der die Vorstandssitzung leitet. Die Beschlüsse sind zu protokollieren und vom Sitzungsleiter zu unterschreiben. Die Eintragungen müssen enthalten:
 - a) Ort und Zeit der Sitzung
 - b) die Namen der Teilnehmer und des Sitzungsleiters
 - c) die gefassten Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse.
- Vorstandsbeschlüsse können in Textform gefasst werden. Die Unterlagen über die Beschlussfassung sind in geeigneter Weise aufzubewahren.
- 6) Für die Dauer der Durchführung von Vorstandswahlen wählt die Mitgliederversammlung einen Wahlausschuss. Vorstandswahlen erfolgen durch schriftliche geheime Abstimmung. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter, wenn ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder ein anderes Stimmrechtsverfahren verlangen. Die Mitglieder des Vorstandes werden einzeln gewählt, zuerst der Vorsitzende, dann die beiden

stellvertretenden Vorsitzenden und zuletzt die übrigen Mitglieder. Es gilt der Kandidat als gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Ist diese Stimmenzahl nicht erreicht worden, findet im zweiten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Versammlungsleiter durch Ziehung eines Loses.

§ 7 Mitgliederversammlung

- 1) Die Mitgliederversammlung ist zuständig für alle Aufgaben, soweit sie nicht dem Vorstand oder anderen Vereinsorganen obliegen. Sie ist ausschließlich zuständig für folgende Angelegenheiten:
 - a) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplanes für das nächste Geschäftsjahr
 - b) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes, Wahl der/des Rechnungsprüfer(s) und die Entgegennahme des Rechnungsprüfungsberichtes der/des Rechnungsprüfer(s), Entlastung des Vorstandes
 - c) Festsetzung der Höhe und Fälligkeit des Mitgliedsbeitrages
 - d) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes laut §6 Nr. 6, Änderung der Satzung, Auflösung des Vereins
 - e) Entscheidung über die Beschwerde gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages
 - f) Ernennung von Ehrenmitgliedern.

- 2) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn
 - a) der Vorstand die Einberufung aus dringenden wichtigen Gründen beschließt
 - b) ein Zehntel der Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe die Einberufung vom Vorstand verlangt.

Anstelle einer Mitgliederversammlung nach Abs. 2 kann der Vorstand eine virtuelle oder hybride Mitgliederversammlung einberufen.

- 3) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstandsvorsitzenden oder einem stellvertretenden Vorsitzenden unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen und unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Ladung erfolgt durch ein Anschreiben der ladungsberechtigten Person in Textform. Der Fristablauf beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die dem Vorstand zuletzt bekannte gegebene Anschrift bzw. E-Mail-Adresse gerichtet wurde. Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung können von Mitgliedern bis zum Sitzungsbeginn gestellt werden, über die Zulassung entscheidet die Mitgliederversammlung.

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstandsvorsitzenden oder dessen benannten Stellvertreter geleitet. Der Protokollführer wird vom Versammlungsleiter bestimmt.

Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen/ virtuell anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Teilnehmer virtueller Mitgliederversammlungen sind aufgefordert Ihre Identität durch Verwendung des Klarnamens kenntlich zu machen. Bei Änderung des Vereinszwecks und Auflösung des Vereins muss mindestens die Hälfte der Vereinsmitglieder anwesend sein. Für den Fall der Beschlussunfähigkeit muss der Vorsitzende innerhalb von vier Wochen eine neue Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einberufen, die unabhängig von der Zahl der teilnehmenden Mitglieder beschlussfähig ist. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Stimmübertragungen auf

Vereinsmitglieder sind zulässig, bedürfen aber der Schriftform. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Für Satzungsänderungen ist eine 2/3 Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, in Bezug auf die Teilnehmenden der Mitgliederversammlung erforderlich.

Das Versammlungsprotokoll ist, auch bei virtuellen Mitgliederversammlungen von dem Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen. Es muss enthalten:

- a) Ort und Zeit der Versammlung
- b) Name des Versammlungsleiters und des Protokollführers
- c) Zahl der erschienenen Mitglieder
- d) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit - die Tagesordnung
- e) die gestellten Anträge, das Abstimmungsergebnis (Zahl der Ja-Stimmen, Zahl der Nein-Stimmen, Enthaltungen, ungültigen Stimmen), die Art der Abstimmung
- f) Satzungs- und Zweckänderungsanträge
- g) Beschlüsse, die wörtlich zu nehmen sind.

Der Vorstand kann in einer „Geschäftsordnung für virtuelle-Mitgliederversammlungen“ geeignete technische und organisatorische Maßnahmen für die Durchführung einer solchen Mitgliederversammlung beschließen, die insbesondere sicherstellen sollen, dass nur Vereinsmitglieder an der Mitgliederversammlung teilnehmen und ihre Rechte wahrnehmen (z.B. mittels Zuteilung eines individuellen Logins). Die „Geschäftsordnung für virtuelle Mitgliederversammlungen“ ist nicht Bestandteil der Satzung. Für Erlass, Änderung und Aufhebung dieser Geschäftsordnung ist der Vorstand zuständig, der hierüber durch einfache Mehrheit beschließt. Die jeweils aktuelle Fassung der Geschäftsordnung wird mit der Veröffentlichung auf der Homepage des Vereins für alle Mitglieder verbindlich.

§ 8 Rechnungsprüfer

Der Verein hat bis zu zwei Rechnungsprüfer, die von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt werden. Sie prüfen die Jahresabrechnung des Vorstandes und nehmen zu seiner Entlastung Stellung.

§ 9 Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der in § 7 geregelten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert. Im Falle der Auflösung fällt das Vereinsvermögen gem. § 2 letzter Absatz dem ev. Kirchengemeindeverband Saalfeld zu.